



### **Von der Verwaltung**

Steinbrügge, Christiana	Landrätin
Retzki, Bernd	Dezernent IV
Kuhlmann, Carsten	Amtsleiter Soziales
Vogel, Thomas	Geschäftsführer jobcenter
Küchler-Hendricks, Adina, Dr.	Jugendamt
Böttcher, Janine	Stabsstelle IV Inklusion
El Boustami, Ghalia	BIZ
Exel, Julia	Protokollführung
Melias, Immanuel	Abteilungsleiter 502
Söllig, Corinna	Moderatorin
Strohhäcker, Michael	Protokollführung

### **Als Gäste**

Bensch, Jörg-Peter	Geschäftsführer RVZ
Diener, Amelie	Koordinatorin
	Gesundheitsregion WF
Jussen, Sonja	stellv. Vorsitz
	Behindertenbeirat

### **Es fehlen:**

### **Ordentliche Mitglieder**

Hensel, Falk	SPD
--------------	-----

### **Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)**

Otte-Kotulla, Bettina	FDP
-----------------------	-----

---

### **Tagesordnung:**

### **Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 13. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit am 18.02.2025 (§§ 23, 5d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 5e GO)
  - 5.1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18 GO)
  - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)
6. Monitoring der Maßnahmen des 2. Kommunalen Handlungsplanes Inklusion - Bericht der Verwaltung
7. Regionales Versorgungszentrum Baddeckenstedt (RVZ) - Aktuelle finanzielle Situation

Vorlage: XIX-0548/2025

8. Jahresbericht 2024 des Amtes für Soziales  
Vorlage: XIX-0543/2025
9. Geschäftsbericht 2024 des jobcenters Wolfenbüttel
10. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)
11. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18, 5i GO)

---

## **Öffentliche Sitzung**

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Die Ausschussvorsitzende Frau Eisenbarth eröffnet die Sitzung um 18:31 Uhr.

### **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)**

Frau Eisenbarth weist darauf hin, dass es im Zusammenhang mit der Ladung des Ausschusses vereinzelt zu einem verspäteten Versand der Einladungen gekommen sei. Außerdem hätten einzelne Ausschussmitglieder ein Nachporto entrichten müssen. Frau Eisenbarth bittet dies im Namen der Verwaltung zu entschuldigen; die den einzelnen Betroffenen entstandenen Kosten würden selbstverständlich durch die Verwaltung ersetzt. Da die nicht ordnungsgemäße Ladung nicht gerügt wird, stellt Frau Eisenbarth sodann die Beschlussfähigkeit fest.

### **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)**

Frau Eisenbarth stellt die Tagesordnung fest. Änderungsanträge werden nicht gestellt.

### **TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 13. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit am 18.02.2025 (§§ 23, 5d GO)**

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss einstimmig bei einer Enthaltung folgenden

#### **Beschluss:**

Das Protokoll über die 13. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit am 18.02.2025 wird genehmigt.

## **TOP 5     Anfragen (§§ 23, 5e GO)**

### **TOP 5.1   Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18 GO)**

Es liegen keine Anfragen vor.

### **TOP 5.2   Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)**

Herr Meyer teilt mit, dass im Zusammenhang mit dem Projekt „Evaluation und Erstellung eines Konzeptes zur Weiterentwicklung der offenen Seniorenarbeit“ Fördermittel aus der Intervention „Leader“ des Landes Niedersachsen beantragt worden seien, deren Bewilligung allerdings zunächst daran gescheitert wäre, dass solche Fördermittel ausschließlich an eingetragene Vereine freigegeben würden. Da es sich bei der Kreisarbeitsgemeinschaft der Seniorenkreise bislang um keinen eingetragenen Verein handele, würden nun Bemühungen zur Erlangung des Vereinsstatus unternommen. Fördermittel könnten in diesem Jahr noch bis 31.10.2025 beantragt werden. Darüber hinaus weist Herr Meyer auf den am 28.05.2025 stattfindenden „Tag der älteren Generation“ hin.

## **TOP 6     Monitoring der Maßnahmen des 2. Kommunalen Handlungsplanes Inklusion - Bericht der Verwaltung**

Frau Böttcher und Herr Retzki geben anhand einer Präsentation einen Einblick in den derzeitigen Stand der Umsetzung des 2. Handlungsplans Inklusion. Die Präsentation ist als Anlage 1 zu TOP 6 des Protokolls beigelegt.

Auf Nachfrage von Herrn Ganzauer macht Herr Retzki deutlich, dass bei der Planung von Neubauten, Umbauten oder Modernisierungen im Zusammenhang mit im Besitz des Landkreises Wolfenbüttel befindlichen Liegenschaften Fragen der Inklusion (z.B. Barrierefreiheit) immer geprüft bzw. berücksichtigt würden.

Zur Koordination der Umsetzung des 2. Handlungsplans Inklusion stehe, so Herr Retzki weiter, Personal derzeit im Umfang einer halben Stelle beim Landkreis Wolfenbüttel zur Verfügung. Eine Koordination der Arbeitsbereiche sei damit möglich, bei der eingehenderen Bearbeitung einzelner Handlungsfelder müsse aber aufgrund der limitierten personellen Möglichkeiten auch priorisiert werden.

Frau Resch-Hoppstock, Herr Müller und Herr Ganzauer fragen nach, in wie weit die Installation sogenannter „Klassenassistenzen“ zur Reduzierung von Bedarfen individueller Schulbegleitungen als Maßnahmen des SGB XIII oder SGB IX führen könnte. Die eingehende Beantwortung über das Protokoll wird seitens der Verwaltung zugesagt.

*Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll hierzu siehe Anlage 2 zu TOP 6 des Protokolls*

Herr Retzki stellt auf Nachfrage klar, der „Bücherbus“ des Landkreises Wolfenbüttel solle nicht mit zusätzlichen Aufgaben für den Bereich Inklusion belastet werden, könne aber durch sein bisheriges Angebot auch Aufgaben der Inklusion erfüllen, so z.B. als Begegnungsstätte teilhabebenachteiligter Menschen dienen. Auch könnten spezielle Messen durchaus zur Chancenerhöhung teilhabeeinträchtigter Menschen am Arbeitsmarkt beitragen.

Auf Nachfrage von Frau Resch-Hoppstock bestätigt Frau Böttcher, die Handlungsfelder „Ehrenamtskarte“ und „Demokratie“ sollten noch intensiver beworben werden.

## **TOP 7 Regionales Versorgungszentrum Baddeckenstedt (RVZ) - Aktuelle finanzielle Situation**

**Vorlage: XIX-0548/2025**

Herr Retzki umreißt anhand einer Präsentation, die diesem Protokoll als Anlage beigelegt ist, die derzeitige finanzielle Situation des RVZ Baddeckenstedt.

Auf Nachfrage von Herrn Müller stellt Herr Retzki klar, die Möglichkeit der Einstellung weiterer Assistenzärzte (Weiterbildungsassistenten) würde nur insoweit ausgeschöpft, wie auch der Bedarf in Gestalt entsprechender Patientennachfrage abzusehen sei.

Frau Resch-Hoppstock erkundigt sich, in wie weit die Ausweitung der ärztlichen Hausbesuche auf zwei Pflegeheime dazu führt, dass auch Patienten in Pflegeheimen außerhalb des Landkreises Wolfenbüttel betreut werden und bittet um Mitteilung, um welche Pflegeheime es sich konkret handele. Herr Retzki sagt die Benennung der Einrichtungen über das Protokoll zu und macht gleichzeitig deutlich, dass die Betreuung von Bewohnern eines außerhalb des Landkreises Wolfenbüttel gelegenen Pflegeheimes keine wirtschaftlichen Nachteile mit sich bringe. Im Übrigen handele es sich bei den Heimbewohnern zum Teil auch um Menschen, die vor Heimaufnahme im Landkreis Wolfenbüttel beheimatet waren.

Hinsichtlich der neu angebotenen medizinischen Präventivmaßnahmen („Igel“-Leistungen) stellt Herr Retzki - auf Bitte von Frau Resch-Hoppstock - eine Benennung solcher Angebote über das Protokoll in Aussicht.

### Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll:

- Bei den weiteren Pflegeeinrichtungen handelt es sich um den Barbarahof in Salzgitter-Bad sowie um das Seniorenzentrum Neiletal in Lutter am Barenberge
- Beispiele für „Igel“-Leistungen sind: Reiseimpfberatungen, Führerscheinuntersuchungen sowie Patientenverfügungen.

Bezüglich der räumlichen Situation im MVZ machen Herr Retzki und Herr Bensch deutlich, dass die übergangsweise Aufstellung eines Containers bzw. ein Erweiterungsanbau erforderlich seien, weil die geplante Zweitpraxis mittelfristig noch nicht mit Ärzten ausgestattet werden könne. So handele es sich bei den geplanten Einstellungen um Weiterbildungsassistenten (Assistenzärzte), die zunächst nur unter ärztlicher Anleitung tätig werden und eine Arztpraxis noch nicht eigenständig betreiben könnten. Die Kosten für die Aufstellung von Praxiscontainern seien mit ca. 10.000,00 € prognostiziert.

Herr Retzki führt auf Nachfrage von Herrn Müller weiter aus, dass es sich bei dem RVZ um eine soziale Einrichtung handele, die – im Gegensatz zum MVZ – mit hoher Wahrscheinlichkeit auch künftig nicht kostendeckend betrieben werden könnte. Dies sei insbesondere auf die dort vorgehaltene Angebotsstruktur zurückzuführen, die keine hohe Refinanzierungsquote erlaube.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Von dem Bericht über die aktuelle finanzielle Situation des RVZ Baddeckenstedt wird Kenntnis genommen.

## **TOP 8      Jahresbericht 2024 des Amtes für Soziales**

### **Vorlage: XIX-0543/2025**

Herr Kuhlmann erläutert anhand einer Präsentation den Jahresbericht des Amtes für Soziales 2024. Die Präsentation ist diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

Im Anschluss unterstreichen Frau Resch-Hoppstock und Herr Kuhlmann ihre gemeinsame Auffassung, dass insbesondere die Kosten der Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII in Zukunft noch weiter ansteigen würden.

Auf Nachfrage von Herrn Ganzauer teilt Herr Kuhlmann mit, die für das Amt für Soziales vorgesehenen 68 Planstellen seien derzeit alle besetzt.

Frau Steinbrügge stellt aufgrund einer Nachfrage von Herrn Glier eine detaillierte Aufstellung über die Ausgaben für freiwillige Leistungen des Landkreises Wolfenbüttel, auch für den sozialen Bereich, für die Finanzausschusssitzung im Juni 2025 in Aussicht.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss einstimmig folgenden

#### **Beschluss:**

Vom Jahresbericht des Amtes für Soziales 2024 wird Kenntnis genommen.

## **TOP 9      Geschäftsbericht 2024 des jobcenters Wolfenbüttel**

Herr Vogel stellt anhand einer Präsentation den Geschäftsbericht 2024 des jobcenters Wolfenbüttel vor. Die Präsentation wird diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Ganzauer erkundigt sich, ob die Mindereinnahmen im Bereich übergeleiteter Unterhaltsansprüche auf die Stellenvakanz in diesem Aufgabenfeld im Jahr 2024 zurückzuführen seien und ob die Stelle mittlerweile wiederbesetzt werden konnte. Herr Vogel unterstreicht, dass die Gründe für den Einnahmerückgang nicht ausschließlich in der fehlenden personellen Ausstattung zu suchen seien, sondern z.B. auch Änderungen in der Praxis der Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen dies Ergebnis beeinflusst hätten. Aufgrund einer Reorganisation in diesem Bereich würden die Aufgaben inzwischen wieder wahrgenommen, ohne dass hierfür eine volle Stelle besetzt werden musste.

Soweit sich das jobcenter im Rahmen der Prüfung der Erwerbsfähigkeit von Leistungsbeziehern der Dienste des Gesundheitsamtes bediene, so Herr Vogel weiter, erfolge auch ein entsprechender Kostenausgleich auf Grundlage einer Dienstleistungsvereinbarung. Die Dienstleistung konnte 2024 wieder verstärkt durch das Gesundheitsamt angeboten werden, nachdem dies zuvor aufgrund der Corona-Pandemie zeitweise kaum möglich gewesen war.

Die Anzahl der Arbeitsgelegenheiten sei, so Herr Vogel auf Nachfrage des Herrn Glier, rückläufig, weil hierfür sowohl geringere Mittel, als auch eine geringere Anzahl geeigneter Personen zur Verfügung gestanden hätten. Hinter dem im Bericht verwendeten Begriff der „Auswegberatung“ verberge sich eine konstruktive Beratungsform, die sich nicht auf etwaige Leistungsansprüche im SGB II beschränke, sondern auch andere ggf. vorrangige Hilfemöglichkeiten dem Hilfesuchenden aufzeige. Auf Bitte von Herrn Müller wolle Herr Vogel Angaben zu Rückforderungen des jobcenters gegenüber seinen Leistungsbeziehern im Jahr 2024 mit dem Protokoll zur Verfügung stellen.

**Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll:**

Kommunale Forderungen

neue Anordnungen in 2024	1.450.230,00 €
es wurden gezahlt	1.144.056,00 €
offene Forderungen zum Jahresende inkl. Altforderungen aus Vorjahren	2.824.748,00 €

Forderungen Bund

neue Anordnungen 2024	3.713.240,00 €
gezahlt wurden	3.256.566,00 €
offene Forderungen zum Jahresende inkl. Altforderungen aus Vorjahren	3.217.774,00 €

**TOP 10 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)**

Herr Kuhlmann berichtet, die Umstellung der Leistungserbringung im Bereich AsylbLG auf die sogenannte „Bezahlkarte“ sei bereits weit vorangeschritten. So seien bereits 334 Karten ausgehändigt worden, lediglich 90 stünden noch zur Aushändigung an.

**TOP 11 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18, 5i GO)**

Es liegen keine Anfragen vor.

Frau Eisenbarth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:43 Uhr und bittet anwesende Gäste hinaus.

\_\_\_\_\_  
Bettina Eisenbarth (Vorsitzende)

\_\_\_\_\_  
Bernd Retzki (Dezernent)

\_\_\_\_\_  
Michael Strohhäcker (Protokollführer)